

Ressort: Finanzen

Stabilitätspakt: Ratsjuristen rügen EU-Kommission

Brüssel, 03.06.2016, 18:00 Uhr

GDN - Die EU-Kommission hat einen ungewöhnlichen Rüffel durch ein Rechtsgutachten des Europäischen Rats erhalten: Die Juristen monieren, dass der Rat einer Verlängerung der Fristen, bis zu der Spanien und Portugal ihre Haushaltsdefizite in den Griff bekommen müssen, in der vorliegenden Form nicht zustimmen könne, berichtet der "Spiegel". EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatte unlängst durchgesetzt, dass die beiden Länder ein Jahr länger Zeit bekommen, um ihre Haushaltsdefizite auf unter drei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts zu verringern.

Sowohl Spanien als auch Portugal hätten diese Auflagen im Rahmen des "Übermäßigen Defizitverfahrens" (EDP) erhalten, heißt es dem Nachrichtenmagazin zufolge in dem Gutachten vom 31. Mai, "Fristen für dortige Korrekturen können nur im Rahmen von EDP verändert werden". Die EU-Kommission will die Fristverlängerung aber über das weniger strikte "Stabilitäts- und Konvergenzprogramm" abwickeln. Der Wortlaut für die Entscheidung, die die europäischen Regierungschefs am 28. Juni absegnen sollen, müsse zumindest dahingehend geändert werden, dass die Autonomie des Rats bei der eigentlichen EDP-Entscheidung betont werde, mahnen die Juristen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-73450/stabilitaetspakt-ratsjuristen-ruegen-eu-kommission.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619